

## Müllabfuhr wird 20% teurer

**Im Stadtparlament hat die SPD/Grüne-Koalition 20% höhere Müllgebühren beschlossen.**

Die DKP/Linke Linke lehnt die Gebührenerhöhung ab. Dazu sagte der Fraktionsvorsitzende in der Stadtverordnetenversammlung u.a.:

„Mit der Begründung, der Kreis habe die Deponiegebühren angehoben, sollen in unserer Stadt die Müllgebühren ab Oktober 2006 um 20% erhöht werden. In den 1970er und 80er Jahren wurden insbesondere vor dem Hintergrund der verantwortungslosen Entsorgung von Industriemüll neue Standards für Mülldeponien entwickelt. Die Forderung wurde laut, vor allem Produktionsbetriebe stärker in die Pflicht zu nehmen und eine öffentliche Kontrolle zu ermöglichen. Müllvermeidung sollte vor Verwertung und Entsorgung kommen. Die Kohl-Regierung hat hier eine Wende vollzogen, die der Industrie weitgehend freie Hand gegeben hat. „Abfall zur Verwertung“ wurde der öffentlichen Müllbeseitigung entzogen. Müllverbrennung wurde vorgeschrieben. Großkonzerne investierten in Verbrennungsanlagen.

### Die große Fehlinvestition

Deponien wurden zu Auslaufmodellen. Wer - wie der Kreis Groß-Gerau - seine Mülldeponie für viel Geld auf den neuesten Stand gebracht hatte, war gekniffen. Schon bei der Eröffnung der Deponie vor 15 Jahren war klar, dass dies bei veränderter Gesetzeslage eine Fehlinvestition war. Wenige Jahre später wurde dem Kreis die Müllverbrennung in Darmstadt vorgeschrieben. Man schloss einen Ver-

trag ab, der den Kreis verpflichtete, mehr Verbrennungskapazität zu bezahlen, wie der Kreis Müll zur Verbrennung anzuliefern hatte. Zahlen durften in jedem Fall die Bürger. Entlastung gab es auf dem Gebiet der öffentlichen Abfallbeseitigung auch unter der SPD/Grünen-Bundesregierung nicht.

### Weniger Müll, höhere Gebühren

Auf dem Gelände der Kreismülldeponie in Büttelborn tummeln sich heute reinweise Privatfirmen oder Firmen mit Kreisbeteiligung - die Anlage bleibt trotzdem (oder gerade deshalb) für den Kreis

ein Verlustgeschäft, für das die Bürgerinnen und Bürger aufzukommen haben. Wenn heute überhaupt noch von „Müllvermeidung“ als wichtigem Anliegen gesprochen wird, dann nur noch verbunden mit dem Hinweis, dass dann eben für weniger Müll höhere Gebühren bezahlt werden müssen. So lautet auch die Parole der Riedwerke, die dem Druck der privaten „Entsorgungsbetriebe“ weder politisch noch ökonomisch gewachsen sind.

Wir sagen: Müllbeseitigung ist eine öffentliche Aufgabe und muss es bleiben. Wer sie zu einem Geschäft macht und

*Fortsetzung nächste Seite*

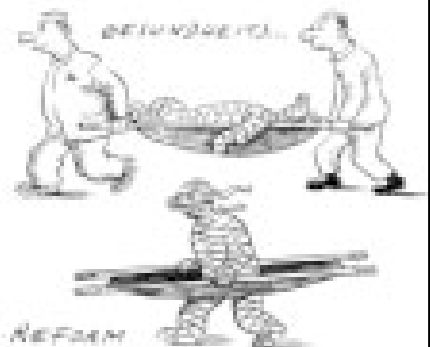
## Berlin macht uns krank

Man kann ruhig eine Wette abschließen. Die Gesundheitsreform ist zwar noch nicht im Kasten - aber wenn sie verabschiedet ist, werden die „kleinen Leute“ erneut belastet.

Gewinner und Verlierer stehen von vornherein fest. Gewinnen werden die Arbeitgeber und die privat Versicherten, verlieren werden die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Arbeitslose, Rentner und vor allem die Kranken.

Schon mit den Gesundheits-„Reformen“ unter Rot-Grün wurde die Axt an einen ehemals umfassenden Leistungskatalog gelegt. Bei den Arzneimitteln wurde die Erstattung von Medikamenten, die nicht verschrei-

bungspflichtig sind, gestrichen. Wer eine Brille benötigt, muss diese, bis auf einen Zuschuss bei den Gläsern, selbst bezahlen - usw. Dazu kam die Praxisgebühr. Rezepte sind teurer geworden. Im Krankenhaus sind Zuzahlungen von 10 Euro für bis zu 28 Tage pro Jahr fällig. Seit Rot-Grün erkennt man die Armen an den Zähnen. Die zahnärztliche Behandlung schlägt besonders hoch zu Buche. Es kommt noch schlimmer - wetten?

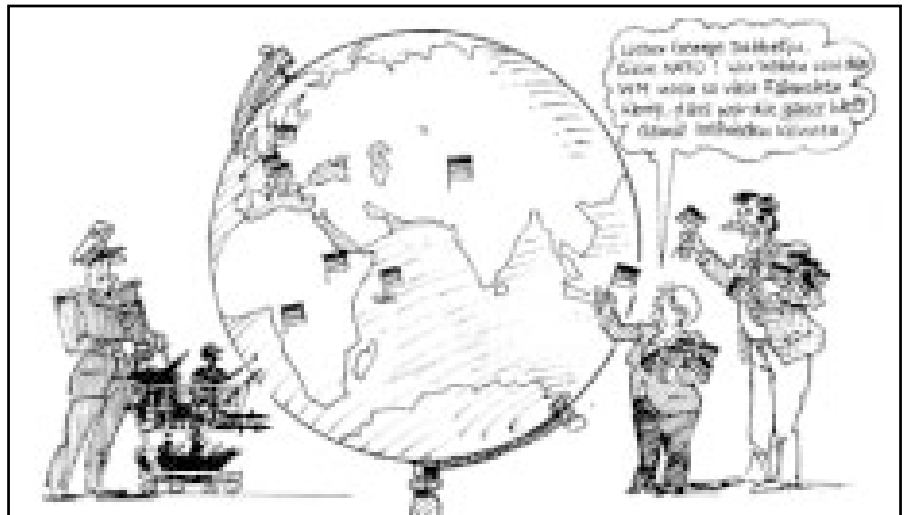


zunehmend privatisiert, liefert die Bürgerinnen und Bürger einer Preistreibe ohne Ende aus.

Auch unserer Stadt sind in den letzten Jahren Hunderttausende Euro an Müllgebühren entgangen, weil Gewerbebetriebe die Möglichkeit genutzt haben, sich aus dem Anschluss- und Benutzungszwang bei der Müllbeseitigung weitgehend zu verabschieden. In der Antwort auf eine Anfrage der DKP/LL-Fraktion war von 475.000,- EUR entgangenen Gebühren im Jahr die Rede. Das entspricht annähernd dem, was durch die höheren Gebühren an Mehreinnahmen erzielt werden soll. Die Bürgerinnen und Bürger haben nicht die Möglichkeit, den Entsorger zu wechseln. Sie sollen für alles aufkommen, was Gesetzgeber, „marktbe-seelte“ Politiker von grün bis schwarz, Lobbyisten und Geschäftemacher auf dem Gebiet der „Entsorgungswirtschaft“ in den letzten 20 Jahren eingerührt haben. „Mit Müll ist mehr Geld zu verdienen als mit Drogen - und legal“ war vor einiger Zeit zu lesen. Die Privaten picken sich die Rosinen heraus und machen Riesengewinne. Den Kommunen bleibt der kostenintensive Rest. Deshalb ist es höchste Zeit, hier gegen zu steuern. Die Stadtverordnetenfraktion der DKP/Linke Liste lehnt die Erhöhung der Müllgebühren ab.“

## Ein Skandal an sich

„Bei weniger Abfall müssen die Gebühren steigen!“ sagt der Wolfgang Matthes der Riedwerkevertreter im Haupt- und Finanzausschuss. Was hätten da die Grünen früher aufgeschrien. Eigentlich, ist das ja auch nach wie vor ungeheuerlich. Heißt es doch, die Bürgerinnen und Bürger werden bestraft, wenn sie sich vernünftig verhalten und Müll einsparen. Wie auch immer - die Grünen sind in der Stadtregierung und stimmen zu. Die FDP-Leute auch - es war nicht anders zu erwarten. Ganz toll aber der Auftritt der CDU. Mit großem „Tamtam“ lehnten sie ab. Da wo sie Städte regieren tun sie es nicht. Fakt ist: Mit Müll verdienen sich viele Industriezweige eine „goldene Nase“. Schönheitsreparaturen am System helfen nicht. Protest ist notwendig - auch im Rathaus.



## Aus „grün“ ist „olivgrün“ geworden

Wieder einmal „Germans to the front!“. 62 Prozent der Bevölkerung waren laut Umfrage gegen eine Entsendung der Bundeswehr in den Nahen Osten - mittlerweile ist sie dort.

Bemerkenswert: Nur neun der 43 hessischen Bundestagsabgeordneten haben den Einsatz abgelehnt. Alle fünf Vertreter der hessischen Grünen (Matthias Berninger, Priska Hinz, Anna Lührmann, Omid Nouripour und Margareta Wolf) - haben geschlossen mit der Großen Koalition gestimmt. Besonders erschütternd ist, dass die Grünen selbst in der Opposition ihre einstigen Positionen als Anti-Kriegs-Partei und Teil der Friedensbewegung in den Wind schießen. Das Abstimmungsverhalten zum Libanon-Einsatz reiht sich ein in die Zustimmung der Grünen zum völkerrechtswidrigen Krieg im Kosovo und zur Beteiligung am „Krieg gegen den Terror“ in Afghanistan. Aus „grün“ ist längst „olivgrün“ geworden.

Die Linksfraktion lehnt Auslandseinsätze der Bundeswehr konsequent ab und hat als einzige Fraktion im Deutschen Bundestag geschlossen gegen den Antrag der Bundesregierung gestimmt.

## 300 Euro teurer

Es sind ja nicht nur die Müllgebühren oder die Gesundheitsreform. Jetzt war zu lesen: 300 Euro teurer soll das Jahr 2007 durchschnittlich pro Kopf werden, egal ob Erwachsener oder Kind. Für einen Hartz-IV-Empfänger bedeutet das, es stehen ihm bzw. ihr immerhin fast ein „Monatsgehalt“ weniger zur Verfügung. Familien mit Kindern trifft es noch schlimmer, da Kindern unter 14 Jahren nur 207 Euro pro Monat zustehen.

„Hartz-IV“ als Sozialleistung wurde nach einem Warenkorb berechnet, den es ab 2007 preislich so nicht mehr gibt. Das müsste jetzt bedeuten, dass das ALG II angehoben wird, denn eigentlich kann man nun von den Regelleistungen nicht mehr leben.

Das Bundesfinanzministerium stellte in seinem Augustbericht fest, dass die Kaufkraft der Konsumenten durch die anhaltenden Energiepreiserhöhungen stark belastet sei und die privaten Konsumausgaben weiter sinken werden. Um 300 Euro eben.

## 13 Mill. Dollar täglich

Die Reichen werden immer reicher - überall. Und die Armen, immer ärmer - man weiß es mittlerweile.

Das Vermögen der 400 reichsten Amerikaner ist innerhalb eines Jahres um rund 120 Milliarden auf 1,25 Billionen Dollar gestiegen.

Der reichste ist Bill Gates mit inzwischen 53 Milliarden Dollar. Danach folgt Warren Buffett mit seiner Holding Berkshire Hathaway, die unter anderem Anteile an Coca-Cola, Gillette und der „Washington Post“ hält. Sein Vermögen wird mit 46 Milliarden Dollar angegeben. Einen großen Sprung vom 15. auf den dritten Platz machte der Casino-Besitzer Sheldon Adelson mit einem Vermögen von 20,5 Milliarden Dollar.

Weiter auf dem Weg nach oben sind die beiden Google-Gründer Sergey Brin und Larry Page, die sich vom 16. auf den 12. und 13. Platz verbesserten. „Forbes“ zufolge verdienten die beiden in den vergangenen zwei Jahren jeden Tag etwa 13 Millionen Dollar.

# Gemeinsam gegen den Flughafenausbau

## Mehr Nachtflüge

Die Zahl der Nachtflüge am Frankfurter Flughafen nimmt kontinuierlich zu. Im vergangenen Jahr wurden mit 53.497 Starts und Landungen zwischen 22 und 6 Uhr exakt 14,9 Prozent mehr Flugbewegungen registriert als 2002.

Im Jahre 2002 hatte der damalige hessische Verkehrsminister Dieter Posch den dramatischen Anstieg der Nachtflüge mit einer neuen Berechnungsmethode steuern wollen. Statt die Zahlen der Starts und Landungen zu addieren, bot Posch den Airlines ein Lärmkontingent an. Das Prinzip: Laute Flugzeuge sollten pro Start und Landung mehr Punkte verbrauchen als leisere Jets.

Vier Jahre später ist das Ergebnis so, wie es Posch-Kritiker vorausgesagt hatten: Die einzelnen Maschinen sind leiser ge-

worden, in der Summe aber hat die Zahl der nächtlichen Flugbewegungen zwischen 22 und 6 Uhr beträchtlich zugenommen.

Weist die Statistik für das Jahr 2002 durchschnittlich noch 128 Flugbewegungen pro Nacht aus, waren es zwei Jahre danach bereits 138. Im vergangenen Jahr kletterte die Zahl der Nachtflüge auf die Rekordmarke von durchschnittlich 147 Starts und Landungen. Im laufenden Jahr waren es pro Nacht im Durchschnitt bereits 138 Bewegungen - Tendenz schnell steigend. In Spitzennächten starteten und landeten jetzt schon 206 Maschinen (im Juli) und sogar 208 im Januar. Das Gesundheitsrisiko wächst. Diese drastische Zunahme der Nachtflüge ist nicht mehr vertretbar. Man kann nur hoffen, dass mehr Menschen endlich beginnen sich zu wehren.

## In London geht's

Während in Frankfurt im Durchschnitt 140, und Spitzen über 200 Flugbewegungen pro Nacht erlaubt werden, geht es woanders ruhiger zu:

Der englische Transportminister wollte für London-Heathrow die dort auf 16 Flüge pro Nacht im Jahresdurchschnitt beschränkte Zahl der Nachtflüge aufheben.

Sein Vorhaben wurde aber im englischen Oberhaus (House of Lords) zweimal abgelehnt, so dass er erfolglos blieb. Und es weiterhin in London-Heathrow bei nur durchschnittlich 16 Nachtflügen bleibt!



## CIA-Flughafen

Die US-Airbase in Frankfurt (unser Foto) gibt es nicht mehr. Aber es wird immer deutlicher: die Basis war auch eine wichtige CIA-Basis. US-Präsident Bush hat nunmehr eingestanden, dass "Terrorverdächtige" außerhalb der USA in geheimen Gefängnissen des Geheimdienstes CIA "einsitzen". Nun sind auch in der Bundesrepublik Deutschland spannende Fragen nach der Verstrickung sowohl der Schröder-Fischer-Regierung als auch der Merkel-Müntefering-Regierung aufgeworfen. Der Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, Günter Nooke, fragt: "Ich will wissen, wo die Gefängnisse sind und wer etwas davon gewusst hat." US-Geheimdienste haben in mindestens 437 Fällen deutschen Luftraum und deutsche Flughäfen für geheime Flüge benutzt. Flugzeuge der CIA haben 2003 und Flughäfen 137 mal und im Jahr darauf 146 mal benutzt, die Landungen seien überwiegend in Frankfurt, Ramstein und Berlin erfolgt.

## Flughafenausbau ohne Nachtflugverbot

... die Ausbaubetreiber arbeiten dran! Mit der Vorlage der Änderung des Landesentwicklungsplans beweist die Landesregierung, dass sie den Flughafenausbau auch ohne Nachtflugverbot rücksichtslos durchsetzen will. Mittlerweile glaubt im Landtag niemand mehr, dass ein Nachtflugverbot noch kommt, es wird Tag und Nacht eher lauter als bisher.

Im von der Landesregierung verabschiedeten Landesentwicklungsplan ist vom Nachtflugverbot keine Rede mehr, sondern es ist nur noch als sog. „Grundsatz“ enthalten: „In dem Verfahren nach dem Luftverkehrsgesetz ist die Betriebsgenehmigung aus Rücksichtnahme auf die besonders schutzbedürftige Nachtruhe der Bevölkerung ein umfassender Lärmschutz in den Kernstunden der Nacht von herausragender Bedeutung.“ Das ist allgemein gültige Rechtslage und eine pure Selbstverständlichkeit. Die alte Forderung, das Nachtflugverbot als rechtlich verbindliches Ziel in den Landesentwicklungsplan aufzunehmen, wurde nicht erfüllt. Man will ein Nachtflugverbot nicht mehr als rechtliche Verpflichtung festschreiben, weil man es in Wirklichkeit gar nicht umsetzen will.

Ab  
September '06  
in der  
Langener Str. 1  
mitten in Mörfelden!

**PROFIL**  
cuba - reisen

[www.profil-cuba-reisen.de](http://www.profil-cuba-reisen.de)

Reisen und Ausstellungen, Flüge und Mietwagen weltweit  
Ferien und Sportreisen, Spezialisierte Ausreisen  
Individualreisen

Cuba, Venezuela, Chile, Bolivien,  
Costa Rica, Brasilien ... und vieles mehr!

Wenn Sie mehr wollen  
als einfach nur Reisen,  
dann kommen sie zu uns!

## Herzlichen Dank

allen, die regelmäßig für den  
„blickpunkt“ spenden.  
So bleibt der „blickpunkt“  
die „kleine  
Zeitung mit der großen  
Wirkung!“

# Aus dem Stadtparlament

## Mit Vollgas in die Stadt

Seit Ende September präsentiert sich die Landesstraße nach Gräfenhausen mit neuem Belag. Auch die Fahrspuren sind um 30 cm breiter geworden. Leider wurde unserem Antrag nicht entsprochen, der einen Radweg vorsah. Eine breitere Fahrspur, guter Belag verleitet viele Autofahrer schneller zu fahren. Deshalb wäre es sinnvoll gewesen, eine Geschwindigkeitsbremse in Form einer Verkehrsinsel am Ortseingang zu bauen. Solche Maßnahmen sind andernorts üblich, um die Anwohner vor Lärm und Schäden zu schützen. R. D.



*Mitmachen  
bei der*

**DKP** ■■■  
LINKE LISTE

*Telefon 23366*

## Bürgermeisterwahl im März geplant

Im September hat der Stadtkämmerer den Entwurf des Haushaltsplans für 2007 eingebracht. Im Teilergebnisplan zum Produkt „Statistik und Wahlen“ ist unter „Ziele, Maßnahmen, Aktivitäten“ zu lesen: „Die vorgesehenen Mittel werden benötigt, um die im März stattfindende Bürgermeisterwahl durchzuführen.“ Da weiß man wenigstens bei diesem Punkt schon mal, was seitens der SPD/Grünen-geführten Verwaltung auf einen zu kommt. Im Parlament war davon noch nichts zu hören.

## Stinkender Waldsee

Wer den Anglersee in Walldorf besucht und eine Rast einlegt, wird wegen des üblen Geruchs bald vertrieben. Ein grüner Film aus Algen, Staub und Vegetationsteilen bedeckt Teile des Uferbereichs. Der See ist krank, die Wasserzone unter einem Meter praktisch tot, ohne Sauerstoff. Der Vorsitzende des Angelsportvereins Walldorf, trug im Umweltausschuss die Problemlage vor. Er referierte über Untersuchungen von Fachleuten über die Ursachen und Möglichkeiten der Abhilfe. Fazit: Über kurz oder lang hat jeder künstliche See mit solchen Phänomenen zu tun. Die Wassertiefe, der Eintrag von Staub und Laub, der Fischbestand und der fehlende Wasseraustausch sind oft die Ursache. Verbesserungsvorschläge: Seitens der Fachleute wird eine Abfischung des Weißfischbestandes empfohlen. Darüber hinaus könne Sauerstoffeintrag oder/und die Durchleitung des nahen Gundbaches die Wasserqualität verbessern.

Aussichten: Der Forst als Eigentümer des Sees lehnt ein finanzielles Engagement ab. Die Belüftung des Sees verschlingt Investitions- und ständige Unterhaltungskosten (Stromanschluss ist nicht in der Nähe). Die Durchleitung des Baches wirft Fragen zum Höhengniveau der beiden Gewässer und dessen Regulierung auf, aber auch zur Wasserqualität des Gundbaches. Ein Vorschlag zur Abflachung der

Uferbereiche und Bepflanzung mit Schilf zur natürlichen Filterung des Wassers sollte erwogen werden. Bei anderen Seen (etwa Mönchbruch) oder Kläranlagen scheint dies zu funktionieren. Es wäre die einfachste, billigste und natürlichste Lösung. Auf keinen Fall sollte der See aufgegeben, gar verfüllt werden. Unsere Gemarkung ist nicht gesegnet mit offenen Gewässern, die Abwechslung und Erholungsmöglichkeiten für die Bevölkerung bieten. R. Dötsch



Am 11. September, dem 33. Jahrestag der Ermordung des chilenischen Staatspräsidenten Salvador Allende wurden auch in Mörfelden, bei einer kleinen Feierstunde Blumen niedergelegt.

## Teurer Wald

Der Waldwirtschaftsbericht wurde im Parlament verabschiedet. Die DKP/LL war als einzige Fraktion gegen die Annahme. Ihr Vertreter R. Dötsch sagte dazu u.a.:

*„Wir lesen die jährlichen Waldzustandsberichte, die früher Waldschadensberichte hießen. Wir kämpften und kämpfen um unseren Wald, der durch Verkehr und Industrie stark in Anspruch genommen, auch geschädigt worden ist. Wir wissen, wie wertvoll Wald für die Lufthygiene, den Wasserhaushalt und die Naherholung ist.*

*Der Wald darf kein Wirtschaftsgut im üblichen Sinne sein. Deshalb stoßen wir schon seit Jahren am Begriff Waldwirtschaftsplan. Da steht die monetäre Seite im Vordergrund; Soll und Haben sind im vorliegenden Wirtschaftsplan nicht ausgeglichen. Das war in den letzten 20 Jahren meist genau so, d. h. die Kosten waren höher als die Erlöse.*

*Oft war in diesem Zusammenhang vom Erholungswald die Rede, der uns etwas kosten soll. Doch hat sich wenig in Sachen Waldbau verändert. Zwar wurde mit der Zertifizierung auf Großflächeneinschlag verzichtet, doch ist für Neuanpflanzungen stets Einzäunung und teures Pflanzgut vonnöten. Die Pflanzung, Schädlingsbekämpfung, das Ausdünnen alle fünf Jahre sind genannt. Großmaschinen sind im Einsatz, die enorme Kosten verursachen.*

*Während der Kulturtage im Juni wurde eine Radtour durch die Gemarkung angeboten. Sie wurde vom Förster Ebert geführt, der jetzt beim Umweltamt Rüsselsheim seinen Dienst leistet. An einer Waldlichtung beschrieb er den Teilnehmern der Radtour ein Waldkonzept, das dem Erholungs- und Erlebniswaldgedanken Rechnung trägt, den standortgerechten Wald fördert, die Vielfalt der Natur ansieht und Kosten spart.*

*Kostet z.B. 1 ha Wald in traditioneller Anbaumethode – Neuanpflanzung (Pflanzgut, pflanzen, Hege) ca. 20.000 Euro, so schlägt die andere, natürliche Beförderung nur mit ca. 8.000 Euro zu Buche. Statt 1.800 Jungpflanzen werden etwa achtzig 2-2,50m hohe Eichen oder Buchen gesetzt, einzeln eingezäunt, damit sie nicht verbissen werden.*

*Ich möchte vorschlagen, dass sich der Umweltausschuss der Sache annimmt, sich von Fachleuten beraten lässt. Wir wollen in Zukunft einen naturnahen, gesunden Wald, der Erholung für die Menschen bietet.*

## Naturschutz oder Ausverkauf?

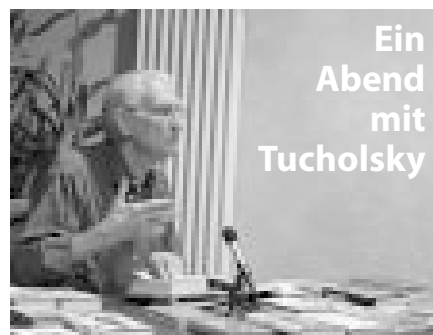
„Holzverkauf lohnt sich wieder“, „Eichen aus dem Stadtwald werden nach China geliefert“, „Steigerungsrate von 20% bei Kiefernholz“, „Doppelt soviel Einnahmen aus dem Holzverkauf“. Solche Zeitungsmeldungen kann man derzeit lesen, Hessen Forst freut sich, und auch die Stadt kann ein paar-und-zwanzigtausend Euro mehr einnehmen. Geht's dem Stadtwald jetzt an den Kragen?

Aber nein, beruhigt uns Forstamtsleiter Dr. Hammes: „An den Zielen für die Bewirtschaftung des Stadtwaldes ändert sich nichts“. Und er versichert, „der Wald solle weiterhin ein Freizeitraum sein und wirtschaftliche Gesichtspunkte seien untergeordnet“. Ist das wahr?

Ein Blick in den Wald um Mörfelden-Walldorf legt eine ganz andere Vermutung nahe: Es wird ohne Rücksicht auf Naturschutz und Nachhaltigkeitsprinzip eingeschlagen, was gerade Geld bringt. Und wenn besorgte Bürger nachfragen, wird der Einschlag mit verschiedenen, passend bereitliegenden ökologischen Gründen gerechtfertigt. Mal ist es der Borkenkäfer, der zum Einschlag von Fichten weit über den festgelegten Hiebssatz hinaus zwingt (20% Preisanstieg - „wenn die Fichte fällt, fällt sie direkt in die Kasse“ - alte Försterweisheit), mal sind's die Hainbuchen, die „aus Naturschutzgründen entnommen“ werden (67% Preisanstieg), mal ist's die Erkenntnis, daß Kiefern im Naturschutzgebiet „Fremdgehölze“ sind (93% Preisanstieg), mal schlägt man so an die hundert Eichen, weil der Forst vor 50 Jahren dummerweise die falschen Eichen angesiedelt hat (nämlich Roteichen, wo doch die Stieleiche der hauptsächlich vorkommende Baum zu Zeiten des Landgrafen gewesen sei). Hier ist wohl die Erklärung „die Chinesen kaufen viel dicke Eichenstämme“ (Hammes in der FR) viel näher an der Wahrheit. „Den Anstieg spüren wir seit 2 Jahren“ gibt Dr. Hammes in der „Frankfurter Rundschau“ vom 23. September zu. Vor zwei Jahren las man's noch anders: Als der „blickpunkt“ 2005 begann, die unübersehbar vergrößerten Kahlschlagsflächen im Wald unter die Lupe zu nehmen, hieß es noch, Hessenforst habe beim Verkauf von Käferholz „draufgelegt“, man habe das ja „nicht zum Spaß gemacht“, das seien „rein medizinische Arbeiten“ gewesen, und die Fällung von Eichen habe „mit der Ausweisung des Mönchbruchs als Naturschutzgebiet“ zu tun (FR 15.4.05). Was geb'isch uff moi bleed Geschwetz vun gestern!

Und wohin fließt das Geld? Jedenfalls nicht in den Naturschutz.

Als die Walldorfer Angler unlängst bei Hessen Forst anfragten, ob sie wohl mit Unterstützung bei der Erhaltung ihres Sees rechnen könnten, gab ihnen Dr. Hammes eine klare Antwort: Spenden seien nicht drin. Er sei verpflichtet, Geld zu verdienen, und sonst nichts. Na, da wissen wir wenigstens, woran wir sind.



## KuBa rappellvoll

*Arnim Reinert, der sich als „Anwalt der verbrannten Dichter“ versteht, las im Kulturbahnhof aus Tucholskys Werken. Ein wunderschöner nachdenklicher Literaturabend, zu dem die Aktion Toleranz eingeladen hatte.*

## Vorankündigung

Am 11.11.2006 um 20 Uhr veranstaltet die Aktion Toleranz mit Unterstützung der Stadt Mörfelden-Walldorf, des Ev. Dekanats im Kreis Groß-Gerau und der Kreissparkasse ein Konzert mit der Ausschwitz-Überlebenden Esther Bejarano und ihrer Gruppe „Coincidence“ in der Evangelischen Kirche in Walldorf.

Esther Bejarano gehörte zum sogenannten „Mädchen-Orchester“ in Auschwitz. Zusammen mit ihren beiden Kindern gründet Esther Bejarano Anfang der 80er Jahre die Gruppe *Coincidence* mit einem Repertoire, das Lieder aus dem Ghetto, jüdische und antifaschistische Lieder und auch Lieder von Emigranten wie Tucholsky, Brecht und Eisler umfasst.

## Keine gute Nachricht über Mönchbruch

Der Förderverein Umwelt- und Kulturzentrum Jagdschloss Mönchbruch feiert im nächsten Jahr sein 10jähriges Bestehen. In einem schon sehr früh herausgegebenen Informationsprospekt heißt es unter anderem: „*Es ist deshalb unser wichtigstes und oberstes Ziel, dieses Schloss zu erhalten und für die Allgemeinheit zugänglich zu machen. Die wichtigen Ziele des Naturschutzes, der Umwelterziehung, der Denkmalpflege und eines regionaltypischen Kulturangebotes wollen wir im Jagdschloss verwirklichen, damit dieser historische Bau zu einem wirklichen Mittelpunkt des Naturschutzgebietes und der damit verbundenen Ideen und Ziele wird.*“

Noch in der diesjährigen Juli-Ausgabe des „blickpunkt“ stand: „*Die Sanierung des Jagdschlusses Mönchbruch beginnt*“. In der Bevölkerung, aber auch bei Mitgliedern des Vereins kam Hoffnung auf, dass dem weiteren Verfall der Gebäude nunmehr Einhalt geboten wird. Dies scheint jedoch nach den neuesten Informationen nicht realistisch zu sein. Nach einem kürzlich stattgefundenen Gespräch zwischen dem Eigentümer, der Familie Grote, und Vertretern des Fördervereins sind die Ziele des Vereins in weite Ferne gerückt. Es wurde dem Verein mitgeteilt, dass die Sanierung des im hinteren Teil befindlichen Gebäudes ca. eineinhalb Jahre dauern werde und dass die Gesamtmaßnahmen, also die Sanierung aller Gebäude, einschließlich des an der Strasse gelegenen Ökonomietraktes zehn Jahre in Anspruch nehmen. In dieser Zeit möchte der Eigentümer mit dem Verein keine weiteren Verhandlungen führen, auch nicht über ein Provisorium eines Umweltzentrums. Es sollen auch in dieser Zeit keinerlei Veranstaltungen des Vereins im Bereich Mönchbruch stattfinden. Es tritt immer mehr zu Tage, dass zwischen den Zielen des Fördervereins und den Interessen der Eigentümerfamilie nicht die geringste Übereinstimmung besteht.

Die Pläne des Fördervereins, ein Umwelt- und Kulturzentrum im Jagdschloss zu errichten, erscheinen also in den nächsten zehn Jahren nicht mehr realisierbar. Außerdem wird der Verfall des größten Gebäudekomplexes weitervorschreiten. Diese Situation sollte für die öffentliche Hand (den Kreis, die umliegenden Städte, insbesondere die Stadt Mörfelden-Walldorf) Anlass sein, über ihre

Zurückhaltung nachzudenken und verstärkt für die Ziele des Fördervereins und somit für die Interessen der Bevölkerung einzutreten, d.h. auch nach Lösungsmöglichkeiten zu suchen, die für den Eigentümer akzeptabel wären.

Heinz Hechler

### Der Kampf der roten Kommune Mörfelden

Wie Mörfelden zu dem Namen

## Klein Moskau

kam

Ein Hörbuch von Erich Schaffner

Erhältlich bei:

PROFIL Cuba Reisen  
am Dalles

## Marode Fußgängerbrücke

Die Brücke über die Bahn in Höhe Turmstraße in Mörfelden ist seit ihrem Bau vor ca. 30 Jahren in der Kritik. Steile Auf- und Abgänge verheißen Gefahr für die Benutzer. Anträge und Anfragen unsererseits zur Verbesserung wurden stets abgelehnt oder auf ungeheure Kosten verwiesen. Nun wurden offensichtliche Schäden an Brücke und Treppen attestiert. 300.000 Euro stehen hierfür im Haushaus 2006. Doch nun meint die Verwaltung, die Sanierung könne bis 2008 geschoben werden, weil zu diesem Zeitpunkt die Bahnunterführung am Bahnhof/Stockhausenstraße gebaut werde. Argumente der bahnseitigen Sicherung während der Bauzeit werden angeführt. Wir haben große Bedenken, dass die Brücke so lange Sicherheit für die Benutzer bietet. Außerdem ist mehr als unsicher, ob tatsächlich 2008 der Bahnhof und Umfeld saniert und ausgebaut wird.

R. D.

Sie interessieren sich für Kommunalpolitik?  
Sie wollen mehr wissen?  
Sie wollen mitreden?

**Rufen Sie uns an: 23366**

Im Internet finden Sie uns unter:  
**[www.dkp-mw.de](http://www.dkp-mw.de)**

## Haben Sie was bemerkt?

Erinnern Sie sich noch? Früher - sagen wir, zu Adenauers Zeiten - da war ein Politikerbesuch schon etwas besonderes. Die Kinder hatten schulfrei, die Honoratioren versammelten sich, die Fotografen waren ganz aufgeregt, und man stand mit Winkefähnchen an der Straße.

Heute ist das etwas anderes. Man muß die Lokalblättchen schon aufmerksam lesen, um auf Seite 4 oder 5 eine kleine Notiz zu finden, daß die Regierungschefin in der eigenen Stadt weilt.

Die besuchte nämlich am 13. September den türkischen Medienkonzern Dogan Media, der seit 10 Jahren sein Domizil im Walldorfer Gewerbegebiet Nord hat.

Heimlich wie ein Dieb in der Nacht schlich sich die Kanzlerin nach Walldorf, besprach mit den Chefs des Medienkonzerns, was sie zu besprechen hatte, und verschwand wieder. Anwohnern fiel nur das reichliche Polizeiaufgebot auf.

Warum scheuen Sie die Öffentlichkeit, Frau Merkel? Haben Sie etwa Angst vor der Bevölkerung? Schlechtes Gewissen wegen Gesundheitsreform und Mehrwertsteuererhöhung?

Naja, wenigstens haben Sie nicht die Kanaldeckel zuschweißen lassen wie Ihr Vorgänger Kohl. Aber warum auch - die „Kanalarbeiter“ sind ja mittlerweile in der CDU-Regierung ...



## Bewegende Theaterszenen im Heimatmuseum Mörfelden

Wieder einmal gab es im Museum Lokalgeschichte auf der Bühne. Diesmal Szenen aus den Jahren 1932/33. Hunderte Besucher haben die Aufführung gesehen. Eine Zusatzvorstellung mußte eingeschoben werden, weitere Aufführungen sind geplant. Die Stadthistorikerin Cornelia Rühlig hatte die Szenen für das Museumstheater geschrieben wobei sie sich eng an die Dokumente jener Zeit orientierte. Dreißig Mörfelder Laienschauspieler im Alter von sechs bis 80 Jahren wirkten mit. Darunter Peronen aus dem örtlichen politischen Leben: Kurt Oeser, er spielte den Mörfelder Juden Theodor Schott; Georg Germann spielte den sozialdemokratischen Lehrer Peter Klingler; Gerd Schulmeyer (Bildmitte) spielte den kommunistischen Bürgermeister Georg Zwilling. Die Regisseurin Barbara Englert arbeitete intensiv mit den Laiendarstellern. Das Ergebnis: ein wunderbares Ensemble und viele sehr bemerkenswerte Einzelleistungen. „Beim Schreiben der beiden Szenen aus den Anfängen der NS-Zeit habe ich mich dicht an den Mörfelder Verhältnissen orientiert“, sagte Cornelia Rühlig. „Es waren hoch brisante Jahre, Schorsch Zwilling war der einzige kommunistische Bürgermeister im Volksstaat Hessen, 60 Prozent der Mörfelder wählten damals KPD, 20 Prozent SPD.“

Es wurde wieder einmal deutlich, das „Museumstheater“ ist eine gute Möglichkeit Geschichte zu vermitteln. Man darf sich freuen auf die Fortsetzung des Projektes.



## Märztage

Es wird viel erzählt über diese Märztage des Jahres 1932 in Mörfelden.

„Zweihundert Polizisten besetzten das Dorf“ - „Es wurde geschossen“ - „Der Bürgermeister wurde abgesetzt“ - erzählten ältere Mörfelder die dabei waren.

In der Kirchenchronik lesen wir: „Weit über 1.000 Menschen zogen vors Rathaus und bedrohten die Polizei und die Vertreter des Kreisamtes - 70 bis 80 Einwohner wurden verhaftet - Mörfelden glich zeitweise einem großen Truppenlager - die Schule musste ausfallen, da dort das Hauptquartier der Polizei war.“ Was war damals eigentlich los?

Das Dorf Mörfelden hatte damals knapp 5.000 Einwohner. Es gab nur etwa 25

Bauernfamilien, die große Masse der Bevölkerung waren Arbeiter. Zumeist waren sie als Bauarbeiter in Frankfurt, Mainz, Darmstadt, Groß-Gerau, Rüsselsheim beschäftigt.

Die kapitalistische Krise wirkte sich in Mörfelden besonders krass aus. Der Prozentsatz der Erwerbslosen und damit das

Elend in der Gemeinde stand über dem Durchschnitt anderer Orte.

Von der Bahnstation Mörfelden wurden in den Jahren 1926/27 zirka 1.800 Arbeiterwochenkarten ausgegeben, 1930 aber nur noch 300. Der Brotverbrauch sank um ein Drittel, der Fleischkonsum um 50 bis 60 Prozent. Der Umsatz der Gastwirtschaften betrug nur noch ein Drittel des Jahres 1929. Mit einer wachsenden Wohnungsnot stiegen die Krankheitsziffern. Es gab Tuberkulose und Rachitis. Von den damals zirka 1.500 Erwerbslosen waren mehr als die Hälfte ohne Unterstützung.

Im November 1931 wurde der Kommunist Georg Zwilling Bürgermeister. Eine seiner ersten Aktionen war die Erweiterung des Unterstützungsfonds für die Arbeitslosen. Viele weitere soziale Maßnahmen wurden beschlossen.

Den „Oberen“ passte das nicht. Bürgermeister Zwilling und sein Stellvertreter Bitsch wurden abgesetzt. Man setzte einen „Staatskommissar“ ein.

Die „Märztage“ wurden in ganz Deutschland bekannt. Viele Zeitungen brachten die Ereignisse als Spitzenartikel, die meisten entstellten die Vorgänge, einige, die „Bild“-Zeitungen von damals, stellten in ihrer Berichterstattung die Ereignisse auf den Kopf.

Heute kann man mit Abstand den März 1932 in Mörfelden betrachten, man kann auch sachlich über eventuelle Fehler diskutieren, die gemacht wurden. Aber vergessen sollten wir nicht, dass dieser „Aufstand“ ein Aufbäumen der Bevölkerung war, die bitterste Not litt. Und es ehrt die Mörfelder des Jahres 1932, dass sie sich nicht bückten, sondern aufrecht den Umständen den Kampf ansagten.

Mehr über die „Märztage 1932“ erfährt man unter: [www.dkp-mw.de](http://www.dkp-mw.de)



1932. Polizei in der Mörfelder Langgasse

# Stadtgeschichten



Bei den Älteren unter uns werden in diesen Tagen wieder Erinnerungen wach, wenn über Zwetschenmus, in unserer Gegend auch Latwerge oder im Dialekt „Latweje“ gesprochen wird. Es begann mit der Ernte der Zwetschen („Quetsche“). Viele Familien hatten Äcker mit Obstbäumen, die sogenannten Baumstücke, auf denen außer Apfel- und Birnbäumen nicht wenige Zwetschenbäume standen. Es gab zwar ein oder zweimal Zwetschenkuchen, aber der größte Teil der Ernte - hier ging es oft um mehrere Zentner - wurde zu Latwerg verarbeitet. Zuerst musste der Kupferkessel in der Waschküche, in dem das ganze Jahr über die Wäsche gekocht wurde, geputzt werden. Dann kam das Waschen und Entkernen der Zwetschen bei dem die Kinder und Verwandte mithalfen. Anschließend wurden die Früchte im Kessel bei gleichmäßigem Feuer unter Zugabe von Kristall- und Kandiszucker sowie etwas Zimt etwa zwölf Stunden lang gekocht. Die Latwerg durfte auf keinen Fall anbrennen und musste deshalb mit dem „Latwejerührer“ ständig nach einem bestimmten Schema (rundherum und mitten durch) gerührt werden. Zu dieser stundenlangen Arbeit kam auch mal die Nachbarin und übernahm den Rührer. In den Abendstunden wurde es geselliger und Jugendliche fanden sich zusammen, die überall dort reinschauten wo es nach „Latweje“ roch. Im Dorf hieß es „wir gehen auf Latwejerutsch“.

Bis in die 1960er Jahre wurde noch in manchem Haus auf diese traditionelle Art Latwerg gekocht. Die evangelische Frauenhilfe in Walldorf und in Mörfelden griff mit viel Engagement die alte Tradition vor über 20 Jahren wieder auf und verkaufte die köstliche Latwerge auf ihrem Weihnachtsbasar. Unser Foto zeigt drei Walldorfer Frauen der Frauenhilfe 1987 am Kessel – v. l. Käthel Tron (gerade beim Rühren) und Greta Heim sowie Kätchen Pons schauen, ob bald „ausgescheppt“ werden kann. Wir bedanken uns bei dem Walldorfer Museum für das Foto und bei Regine Balkmann für die eine oder andere Information vom „Latwejerührn“.



## Veranstaltungen im Kulturbahnhof Mörfelden Oktober/November 2006:

9. Oktober  
**HörBar: „Der Dativ ist dem Genitiv sein Tod“**  
Hörbuchabend. Beginn: 20 Uhr

11. Oktober  
**„Frauen aus Deutschland in der französischen Résistance“**  
Lesung mit Ulla Plener  
Beginn: 20 Uhr

12. Oktober  
**Rettet das Vinyl** Schallplattenabend  
Lieder mit den Anfangsbuchstaben P, Q.  
Beginn: 20 Uhr



# KulBa

3. November  
**„Töchter des Euphrat“**  
Lesung mit Saliha Scheinhardt  
Beginn: 20 Uhr

9. November  
**Rettet das Vinyl**  
Schallplattenabend  
Lieder mit dem Anfangsbuchstaben R  
Beginn: 20 Uhr

26. November  
**Familienfrühstück**  
9:30 - 12:30 h

## Unser Lexikon

Schbrisch

So dumm  
wie  
Bohnestroh.